

26. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 10.02.2022

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Klara Mörike Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Saran Diané Udo Guist	

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Jutta Schödl	
---	--

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Peischl, Herr Guist, Frau Dr. Moser, Frau Diané und Frau Schödl.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

250 20 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 13.01.2022, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

251 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgender Beschluss des Gemeinderats aus der Sitzung vom 09.12.2021 kann in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss G239 vom 09.12.2021

Urban Gardening in Unterföhring; Vorstellung möglicher Standorte und weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand sowie die möglichen Standorte zur Kenntnis und spricht sich für den Standort:

3. Südlich Aschheimer Weg Fl. Nr. 836/1

aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Nutzungskonzept für den Standort auszuarbeiten und dem Gremium vorzulegen.

Die Ausgaben und Einnahmen der Maßnahme sind unter dem neu eingerichteten UA 59030 zu verbuchen.

AZ 024
Hauptamt

252

20

Urban Gardening in Unterföhring; Nutzungskonzept für den Standort Südlich Aschheimer Weg Fl. Nr. 836/1

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.12.2021, Beschluss Nr. G239, bekanntgemacht in der heutigen Sitzung, zur Kenntnis, mit welchem das Gremium den Sachstand Urban Gardening in Unterföhring zur Kenntnis nahm und sich für den Standort Südlich Aschheimer Weg Fl.Nr. 836/1 aussprach. Die Verwaltung wurde beauftragt ein Nutzungskonzept für den Standort auszuarbeiten und dem Gremium vorzulegen.

Auf dieser Grundlage wurde durch die Verwaltung ein Nutzungskonzept mit folgenden Eckpunkten erarbeitet:

- Die Pachtdauer ist vorerst auf ein bzw. zwei Gartenjahre festzulegen (01.04. — 31.10. bzw. bis 31.10. des zweiten Jahres)
- Die Parzellen werden über ein Losverfahren in zwei Lostöpfen für vergeben

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Verpachtungen erfolgen in einem öffentlichen Vergabeverfahren mit Bewerbungsfrist
- Auf der vorgesehenen Fläche können Parzellen á ca. 20 m² bzw. 40 m² realisiert werden.
- Die Grundstückstiefe beträgt 5,00 m, die Grundstücklänge beträgt rund 260 m. Entsprechende Schutzstreifen entlang der Grundstücksgrenzen sind einzuhalten. Halten- und Parken auf der Fahrbahn ist aufgrund Zufahrt Kleingartenanlage und Feringasee unzulässig.
- Die Anzahl der Parzellen kann nach Bewerbungsschluss im Verhältnis zu den Bewerbungen der Lostöpfe finalisiert werden.
- Der Pachtzins pro Gartenjahr wird antragsgemäß auf 60,-€ bzw. 120 € jährlich festgelegt.
- Nach Beendigung der Pachtdauer sind die Parzellen durch die Pächter zu räumen

Folgende Ausstattungen werden von der Verwaltung zur Berücksichtigung vorgestellt:

- Gießwasser kann mittels eines Tanks (1000L, Kosten 150,00€ - 350,00€ brutto) zur Verfügung gestellt werden. Regelmäßige Befüllung durch den Bauhof.
- Strom wird nicht zur Verfügung gestellt
- WC-Anlagen werden nicht zur Verfügung gestellt
- Es werden 2 Kurzzeit-Parkplätze für die Urban Gardening Nutzer zur Anlieferung von schweren gärtnerischen Materialien an geeigneter Stelle zur Verfügung gestellt.
- Die Parzellen werden vor Beginn des Pachtverhältnisses durch die Gemeinde abgesteckt. Bauliche Trennungen finden nicht statt.
- Die laufende Bewirtschaftung ist durch die Nutzer zu leisten
- mit den Nutzern wird über die Pachtdauer eine entsprechende Vereinbarung getroffen.
- Die Nutzer verpflichten sich die Pachtfläche gemäß dem Leitfaden zum ökologischen Landbau in Deutschland (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Feb. 2021) zu bewirtschaften (z.B. Verbot bestimmter Pflanzenschutzmittel)
- Bei einer Nutzung die nicht dem „ökologischen Landbau in Deutschland“ (Leitfaden; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Stand: Februar 2021) ist eine Sonderkündigung möglich

Dem Gremium wurde der Leitfaden zum ökologischen Landbau in Deutschland (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Feb. 2021) zugestellt.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 19 : 1

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand für die Realisierung Urban Gardening in Unterföhring auf der Fl.Nr. 836/1 zur Kenntnis und stimmt dem vorgelegten Konzept mit folgenden Anregungen und Anmerkungen zu:

- Die Pachtdauer wird auf zwei Gartenjahre festgelegt (01.04.2022 bis 31.10.2022 und vom 01.03.2023 bis 31.10.2023)
- Die Parzellen werden über ein Losverfahren in zwei Lostöpfen für vergeben
- Die Verpachtungen erfolgen in einem öffentlichen Vergabeverfahren mit Bewerbungsfrist
- Auf der vorgesehenen Fläche können Parzellen á ca. 20 m² bzw. 40 m² realisiert werden.
- Die Anzahl der Parzellen kann nach Bewerbungsschluss im Verhältnis zu den Bewerbungen der Lostöpfe finalisiert werden.
- Der Pachtzins pro Gartenjahr wird antragsgemäß auf 60,-€ jährlich festgelegt.
- Nach Beendigung der Pachtdauer werden die Parzellen durch die Pächter wieder in den Ursprungszustand versetzt
- Gießwasser kann mittels eines Tanks (1000L, Kosten 150,00€ - 350,00€ brutto) zur Verfügung gestellt werden. Regelmäßige Befüllung durch den Bauhof.
- Strom wird nicht zur Verfügung gestellt
- WC-Anlagen werden nicht zur Verfügung gestellt
- Es werden 2 Kurzzeit-Parkplätze für die Urban Gardening Nutzer zur Anlieferung von schweren gärtnerischen Materialien an geeigneter Stelle zur Verfügung gestellt.
- Die Parzellen werden vor Beginn des Pachtverhältnisses durch die Gemeinde abgesteckt. Bauliche Trennungen finden nicht statt.
- Die laufende Bewirtschaftung ist durch die Nutzer zu leisten
- mit den Nutzern wird über die Pachtdauer eine entsprechende Vereinbarung getroffen.
- Die Nutzer verpflichten sich die Pachtfläche gemäß dem Leitfaden zum ökologischen Landbau in Deutschland (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Feb. 2021) zu bewirtschaften (z.B. Verbot bestimmter Pflanzenschutzmittel)
- Bei einer Nutzung die nicht dem „ökologischen Landbau in Deutschland“ (Leitfaden; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Stand: Februar 2021) ist eine Sonderkündigung möglich

Das Losvergabeverfahren erfolgt durch die Verwaltung und einem Mitglied des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt die Ausschreibung mit den o.a. Eckpunkten vorzunehmen.

Die Ausgaben und Einnahmen der Maßnahme sind unter dem neu eingerichteten Haushaltsstelle 59030 ff. zu verbuchen.

AZ 724
Bauamt

253 20 **Kostenausgleich konnexitätsrelevanter Baukosten im Rahmen der Einführung des neuen neunjährigen Gymnasium (G9): Verfahrensvereinbarung**

Durch die Änderung des BayEUG wurde in Bayern nach über 10 Jahren des achtjährigen Gymnasiums wieder das G9 eingeführt, das mit den Jahrgangsstufen 5 und 6 im Schuljahr 2018/2019 bereits begonnen hat. Der Anspruch der Sachaufwandsträger auf Kostenausgleich nach dem Konnexitätsprinzip wurde seitens des Freistaates Bayern grundsätzlich anerkannt. Details des Kostenausgleichs sind in der am 11.12.2019 (Anlage 1) veröffentlichten Bekanntmachung geregelt.

Da zum einen die G9-bedingten Mehrbedarfe im Landkreis München voraussichtlich nicht immer vor Ort an der betreffenden Schule, sondern auch durch Erweiterungen benachbarter Schulen oder den Neubau von Gymnasien an anderen Standorten im Landkreis gedeckt werden sowie aufgrund der Komplexität und Besonderheit bezüglich der Sachaufwandsträgerschaft für Gymnasien im Landkreis München durch „Zweckverbände“ und „Gemeinden mit Zweckvereinbarung“ wurde die Landkreisverwaltung 2018 von den Kreisgremien beauftragt, mit dem Freistaat Bayern eine Sondervereinbarung zum Ausgleich der konnexitätsrelevanten Baukosten zur Einführung des G9 im Landkreis München abzuschließen.

Hierin sollte möglichst ein Pauschalausgleich für den gesamten Landkreis München festgelegt werden, der für neue Schulbauten und notwendige Erweiterungen verwendet wird.

Mit Beschluss des Ausschusses für Bauen und Schulen des Landkreises München vom 11.06.2018 (Anlage 2) wurde die Landkreisverwaltung ermächtigt, Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern bezüglich des Abschlusses einer Sondervereinbarung zum Ausgleich der konnexitätsrelevanten Baukosten im Landkreis München zu führen.

Mit Mail vom 15.05.2020 wurden dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) im Zuge der Ausarbeitung der

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Sondervereinbarung aufgetauchte offene Fragen zum Regelungskonzept seitens der Landkreisverwaltung zugesandt, die mit Schreiben des StMUK vom 25.05.2020 (Anlage 3) beantwortet wurden:

- ohne weiteren Nachweise wird zur Vereinfachung des Verfahrens für den Landkreis München nach der Bekanntmachung eine Schülerzahl von 15.018 für die aktuell verfügbare Raumkapazität anerkannt (nicht die tatsächliche Raumkapazität, die im Rahmen einer Umfrage abgefragt wurde)
- nach Projektion der Schülerzahlen auf das Schuljahr 2025/26 gem. Nr. 3.3 der Bekanntmachung (auf Basis der Schülerzahlen 2019/2020; ohne Unterföhring) ergibt sich eine Schülergesamtzahl für das Schuljahr 2025/26 von 15.976, zzgl. eines zusätzlichen G9-bedingten Zuges am Gymnasium Unterföhring (165)
- projizierte Schülerzahl auf das Schuljahr 2025/26 15.976
rechnerisch verfügbare Raumkapazität gem. Bekanntmachung 15.018
G9-bedingter Raummehrbedarf (ohne GY Unterföhring) 958
zzgl. ein zusätzlicher G9-bedingter Zug am GY Unterföhring 165
G9-bedingter Raummehrbedarf 1.123
- die Höhe der nach FAG zuweisungsfähigen Kosten muss zunächst feststehen, da diese ohnehin gewährt werden und dafür deshalb kein Konnexitätsausgleich nötig ist. Eine Auszahlung der Konnexitätsleistung kommt daher erst im Anschluss in Betracht. Eine weitere Pauschalierung der Konnexitätsleistung ist im Blick auf die Abhängigkeit der Höhe des Konnexitätsanspruchs von der ohnehin bereits zugeflossenen Höhe der FAG-Förderung nicht möglich.

Auf Nachfrage, aus welchen Gründen eine weitere Pauschalisierung abgelehnt wird, teilte das StMUK mit Schreiben vom 03.02.2021 (Anlage 4) Folgendes mit:

- bei einer über die Bekanntmachung hinausgehenden Pauschalierung ist es möglich, dass der zu leistende Kostenausgleich höher oder niedriger ausfällt als der nach der Bekanntmachung zu leistende Kostenausgleich
- soweit der Kostenausgleich durch diese Pauschalierung höher würde, könnten sich andere Landkreise und kreisfreie Städte auf Gleichbehandlung berufen und einen ebenso pauschalierten Kostenausgleich fordern. Damit würde die Bekanntmachung wegen der Besonderheiten eines Landkreises für alle ihren Sinn verlieren.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- soweit der Kostenausgleich durch diese Pauschalierung niedriger würde, müsste dies für alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte auch in ihrer jeweiligen Situation nachvollziehbar sein. Es liegt aber auch nicht im Interesse des Freistaats, den Landkreis München insoweit zu benachteiligen. Die Gleichbehandlung aller Landkreise und kreisfreien Städte ist das erklärte Ziel des Freistaats.

Aufgrund der Ablehnung einer Pauschalierung wurde im Februar 2021 die Erstellung eines Entwurfs einer Verfahrensvereinbarung bei der Kanzlei Redeker Sellner Dahs in Auftrag gegeben, der am 24.03.2021 vorgelegt und nach Freigabe durch den Landrat am 22.05.2021 zur Abstimmung an das StMUK übersendet wurde.

Eckpunkte des Entwurfs der Verfahrensvereinbarung (Anlage 5):

- Anerkennung des genannten kalkulatorischen baulichen G9-Mehrbedarfs durch alle Beteiligten (Landkreis, Zweckverbände, Gemeinden); insgesamt für 1.123 Schülerinnen und Schüler
- Anteilige Verteilung des Mehrbedarfs auf die jeweiligen Sachaufwandsträger, unter Nivellierung des kalkulatorischen Minderbedarfs • für Minderbedarf besteht kein Ausgleichsanspruch
- mehrere Sachaufwandsträger können sich auf ein gemeinsames Konzept zur Deckung des G9-bedingten Baubedarfs einigen
- hierzu sind schriftliche Erklärungen des Sachauftragsträgers, der den G9-bedingten Baubedarf abgibt und des Sachaufwandsträgers, der den G9-bedingten Baubedarf aufnimmt (unter Angabe der betroffenen Schülerzahlen des abgebenden und des aufnehmenden Gymnasiums) mit der Antragstellung vorzulegen
- der Landkreis ist berechtigt, den auf das jeweilige Gymnasium entfallenden G9-bedingten Baubedarf auf das Gymnasium eines anderen Sachaufwandsträgers mit Zustimmung des übernehmenden Sachaufwandsträgers zu übertragen, wenn ein Sachaufwandsträger bis zum 01.01.2023 eine Vorplanung nach § 34 Abs. 3 Nr. 2 HOAI nicht der Bewilligungsbehörde und dem Landkreis vorgelegt hat

Da entsprechend Art. 83 Abs. 3, Abs. 6 der Bayerischen Verfassung (sog. Konnexitätsprinzip) den Gemeinden und dem Landkreis ein Anspruch auf Ausgleich des Mehraufwandszusteht, müssen neben den Zweckverbänden als Sachaufwandsträger auch alle Gemeinden des Landkreises sowie der Landkreis der Vereinbarung zustimmen.

Nachdem seitens des StMUK mit Mail vom 07.12.2021 mitgeteilt wurde, dass nach Abstimmung innerhalb der Staatsregierung der Entwurf der

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verfahrensvereinbarung zum Ausgleich konnexitätsrelevanter Baukosten im Rahmen der Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums (G9) als unterschriftsreif erachtet wird und der Kreistag dieser mit Beschluss vom 13.12.2021 (Anlage 6) zugestimmt hat, sollen nun die betreffenden Gremien der Zweckverbände und Gemeinden einen Beschluss über den Entwurf der Verfahrensvereinbarung herbeiführen.

Beschluss: 20 : 0

1. Der Verfahrensvereinbarung zum Ausgleich konnexitätsrelevanter Baukosten im Rahmen der Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums (G9) wird zugestimmt.
2. Der Erste Bürgermeister wird bevollmächtigt, die vorliegende Verfahrensvereinbarung zum Ausgleich konnexitätsrelevanter Baukosten im Rahmen der Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums (G9) zu unterzeichnen.

AZ 21
Finanzen

254 20 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

254 20 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 02/2022; Inschutznahme des Landschaftsschutzgebietes,
Moosgrund im Münchner Nordosten

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Anfrage von Frau Leitner in der Gemeinderatssitzung am 13.01.2022 und bringt den Beschluss des Umwelt-, Digital – und Energieausschusses vom 16.09.2020, Nr. 8 in Erinnerung und verweist auf das Schreiben der Verwaltung vom 17.09.2020 in welchem die Fragen und die Stellungnahme in Abhängigkeit des SEM abgefordert wurden. Diese ist bis dato nicht bei der Gemeinde eingegangen. Weiter bringt der erste Bürgermeister den SZ-Artikel vom 26.01.2022 in Erinnerung.

Aufgrund personeller Gegebenheiten der Landeshauptstadt München wurde zu dieser Maßnahme keine weiteren Informationen mitgeteilt. Auf Nachfrage der Verwaltung (Ende Januar 2022) bei der Landeshauptstadt München, wurde

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

durch Herrn Röder mitgeteilt, dass die Maßnahme der Landeshauptstadt München, im 2. Quartal 2022 erfolgen soll.

Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang auf das unbeantwortete Schreiben der Gemeinde vom 17.09.2020 hingewiesen und bat um Aufklärung in Abhängigkeit mit der SEM. Hierzu erfolgt noch eine Stellungnahme des Bayrischen Bauernverbandes (02.02.2022). Diese Stellungnahme des BBV wird gemeinsam mit der Auskunftserteilung der Gemeinde vom 17.09.2020 an die Landeshauptstadt München, Referat für Klima- und Umweltschutz weitergeleitet und um Berücksichtigung gebeten.

Der Gemeinderat wird bzgl. der geplanten Maßnahme „Inschutznahmeverfahrens des Landschaftsschutzgebietes „Moosgrund im Münchner Nordosten““ auf dem Laufenden gehalten. (Rückäußerung der Landeshauptstadt München)

AZ 174
Bauamt

254

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 02/2022 Musikschule Unterföhring e.V.; Sachstand

In seiner Sitzung im Dezember 2021 hat der Gemeinderat beschlossen, dass vor einer dauerhaften Zusammenarbeit der Gemeinde mit dem Verein "Musikschule Unterföhring e.V.", im folgenden Verein genannt, auf der Basis der Vorschläge des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen von Seiten der Verwaltung ein Übergang des derzeitigen e.V., insbesondere bezüglich Haftungsfragen, auf einen neu zu gründenden Verein geprüft wird. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat mitzuteilen.

Die Verwaltung hat ein entsprechendes Gutachten bei der Intaria AG in Auftrag gegeben. Dieses liegt seit Donnerstag, dem 03.02.2022 im Rathaus vor.

Das Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis:

Im Fall des Betriebs der Musikschule über einen neuen Verein:

- muss dieser aufgrund eines Betriebsübergangs nach § 613 a BGB das Risiko einer Haftung für individuelle Ansprüche einzelner Arbeitnehmer übernehmen. Das strukturelle Haftungsrisiko bleibt somit gleich.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Das Risiko für die Haftung weiterer sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche für Zeiträume vor einem Übergang wäre ausgeschlossen, da es hierfür keine Rechtsgrundlage gibt.
- Das Risiko für die Haftung allgemeiner zivilrechtlicher Ansprüche für Zeiträume vor einem Übergang wäre ebenfalls ausgeschlossen, da es hierfür keine Rechtsgrundlage gibt.
- Die Frage einer Minimierung eines theoretischen steuerlichen Risikos kann nicht abschließend beurteilt werden.

Der Betrieb der Musikschule über einen neu gegründeten Verein, wäre nach Ansicht des Gutachters ein sicherer Weg.

Dieser ist aber wegen der Notwendigkeit der Gründung eines neuen Vereins und der Umsetzung des Übergangs der Musikschule mit Zeit, Kosten und Aufwand verbunden.

Zusätzlich hat der Gemeinderat in der Sitzung im Dezember 2021 beschlossen, dass die Verwaltung den vom Musikschulverband erarbeiteten Satzungsentwurf nach rechtlichen, und insbesondere steuerrechtlichen Gesichtspunkten prüfen lässt. Evtl. Empfehlungen der Sachverständigen sind von der Musikschule in die Satzung zu übernehmen.

Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Der Entwurf eines Betrauungsaktes, mit dem die Gemeinde den Verein Musikschule Unterföhring e.V mit der Durchführung von Musikunterricht beauftragt, liegt mittlerweile in der Verwaltung vor. Dieser muss aber vor einer Beschlussfassung noch mit den Finanzbehörden und dem Musikschulverband abgestimmt werden.

AZ 940
Finanzen

254

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 02/2022 Kinderarzt für Unterföhring - aktueller Sachstand

Der Vorsitzende berichtet, dass die Gemeindeverwaltung einen erneuten Vorstoß in Sachen Kinderarzt für Unterföhring versucht hat.

Am 16. November 2021 wurde ein Schreiben verfasst und abgeschickt, in dem insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder um Unterstützung für das Anliegen gebeten wurde.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es wurde auf die große Zahl der Kinder in Unterföhring (auch wegen des neuen Schulcampus') verwiesen, darauf, dass zum Ende des Jahres 2021 die bisherige Filial-Praxis des Kinderarztes Dr. Schoof schließt und auf die Schwierigkeit, heutzutage als Eltern generell einen zeitnahen Termin bei einem Kinderarzt zu erhalten. Hingewiesen wurde auf das Ziel der Staatsregierung, die hausärztliche Versorgung auf der Fläche zu sichern und auf die Notwendigkeit, diese zu dezentralisieren. Derzeit würden sich die Praxen in München konzentrieren.

Ein Abdruck des Schreibens ging an den Gesundheitsminister Holetschek, Landrat Göbel, die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) sowie an die Landtagsabgeordneten Köhler, Kohnen, Kraus und Weidenbusch. Dem Bundestagsabgeordneten Florian Hahn wurde das Schreiben vom Bürgermeister ebenfalls und persönlich übergeben.

Antworten kamen:

- Von der Bayerischen Staatskanzlei, die darauf verweist, dass die KVB die ambulante fachärztliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Region als überaus gut einstuft. Der Landkreis München sei für weitere Niederlassungen in dieser Arztgruppe gesperrt. Der Freistaat könne aufgrund der Selbstverwaltung der Ärzte keinen Einfluss nehmen.
- Aus dem Gesundheitsministerium, das uns ebenfalls versichert, wie wichtig unser Anliegen sei, allerdings habe man aufgrund der bundesgesetzlichen Kompetenzverteilung auf die Bedarfsplanung keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten. Die KVB könne von diesen Bundesvorgaben nur abweichen, wenn falls regionale Besonderheiten vorlägen. Dies sei nicht der Fall.
Interessanterweise verweist das Ministerium auf eine „Terminservicestelle der KVB“, die im Jahr 2021 keine Anfragen zur Terminvermittlung aus dem Raum Unterföhring erhalten habe. Auch Patientenbeschwerden lägen aktuell nicht vor.
Der Landkreis München sei mit 118,27% (Stand 31.8.2021) überversorgt und Unterföhring sei hervorragend an die Stadt München angebunden. Ein Handlungsbedarf wird sinngemäß nicht gesehen.

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Abgeordnete Natascha Kohnen (SPD) hat auf unser Schreiben hin eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt und uns die Antwort zukommen lassen. Diese entspricht im Grunde der Antwort des Gesundheitsministeriums an die Gemeinde. Auf Kinderarztpraxen in Ismaning, Garching, Aschheim und Kirchheim wird verwiesen.
- Mit den Abgeordneten Claudia Köhler und Dr. Markus Büchler (Bündnis 90/Grüne) hatten der Bürgermeister und die Verwaltung (Fr. Mahner und Fr. Bühring) am 17. Januar 2022 eine Webex-Konferenz zum Thema.
Dr. Büchler berichtete von ähnlichen Erfahrungen im ganzen Landkreis, Praxen seien überlastet, Termine schwer zu bekommen, Praxen ballten sich an attraktiven Niederlassungsorten und seien nicht entsprechend dem Bedarf verteilt. Frau Köhler berichtet, dass das Thema Kinderarztversorgung schon länger verfolgt werde mit dem Ziel, die Kriterien der Kinderarztzuweisung und -niederlassung zu ändern. Frau Köhler und Herr Dr. Büchler wollen sich mit der KVB zu einem Gesprächstermin treffen und mit Ärzten Erfahrungen austauschen. Auch die Kollegen im Bund sollen angesprochen werden. Akut werde das nichts bringen, aber ein neuer Anstoß zur Änderung der Lage werde gesetzt.
- Der Abgeordnete Nikolas Kraus (Freie Wähler) hat das Schreiben der Gemeinde bei einer passenden Gelegenheit direkt dem Ministerpräsidenten Söder in die Hand gedrückt.
- Der Bundestagsabgeordnete Florian Hahn (CSU) berichtet, das Thema in Berlin zu verfolgen.
- Landrat Christoph Göbel hat in einem Schreiben Möglichkeiten aufgezeigt, wie man in „begründeten Fällen“ von der Richtlinie abweichen könnte. Unter anderem eben dass Familien akut erkrankter Kinder abgewiesen werden, dass sich der Betreuungsaufwand für ein Kind beim Kinderarzt drastisch erhöht habe, nicht nur durch Corona, auch durch weitere U-Untersuchungen, durch vermehrte psychische oder Sprachauffälligkeiten, ADHS und vieles mehr. Er bietet ein gemeinsames Schreiben von Bürgermeister und Landrat an.

Die Gemeindeverwaltung wird nun
 - das Thema bei der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung beim Landrat für ein gemeinsames Vorgehen besprechen
 - und die Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, die Terminservicestelle der KVB zu nutzen (die den wenigsten bekannt sein dürfte) sowie

26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

konkrete Beschwerden bei der KVB einzureichen. Somit kann man sich zumindest nicht mehr darauf berufen, dass niemand ein Problem mit der aktuellen Situation habe.

AZ 5045
Referent des Bürgermeisters

254

20

Bekanntgaben / Anfragen **BEK 02/2022 Änderung Sitzungsort**

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass alle Sitzungen des Gemeinderats sowie seiner Ausschüsse ab dem 11.03.2022 wieder im großen Sitzungssaal des Rathauses stattfinden.

Die Gemeinderatssitzung am 10.03.2022 ist die vorerst letzte Sitzung des Gemeinderats im Feststadl.

Hauptamt

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Andreas Kimmelmeyer
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer